



Der Mann des Neuanfangs geht neue Wege: Sören Link wird als erster Oberbürgermeister in die Geschichte der Stadt Duisburg eingehen, der über den Zeitpunkt seiner Wiederwahl selbst bestimmt hat. Ob ihm dafür im Rückblick allerdings großer Beifall gezollt wird, scheint angesichts der massiven Kritik an seinem Manöver mehr als fraglich. Tatsächlich hat der Oberbürgermeister mit seiner Entscheidung einen beispiellosen Alleingang gewagt, dessen fadenscheinige Begründung kaum dazu geeignet sein dürfte, das eigentliche Motiv zu überdecken: Link will mit allen Mitteln seine Macht sichern.

Dafür nutzt der Oberbürgermeister alle rechtlichen Möglichkeiten aus. In seinem Fall tritt er vorzeitig aus freien Stücken zurück, um damit eine vorgezogene Neuwahl zum Wunschtermin zu ermöglichen, bei der er selbst als Sieger hervorgehen will. „Dieser Griff in die linke Trickkiste trägt die Handschrift des NRW-Innenministers und wirft kein gutes Licht auf die kommunale Selbstverwaltung. Der Wähler muss darauf vertrauen können, dass er seinem Kandidaten die Stimme für eine bestimmte Zeit gibt. Der politische Mitbewerber muss darauf vertrauen können, dass die Wahltermine nicht im Handstreich verändert werden können“, sagt der CDU-Fraktionsvorsitzende Rainer

Enzweiler. Die CDU-Fraktion hat den Vorgang in der jüngsten Ratssitzung auf die Tagesordnung gesetzt. Die Debatte macht deutlich, dass der Groll über das Vorgehen des OBs fraktionsübergreifend groß ist. Selbst innerhalb der SPD ist längst nicht jeder einverstanden mit dem eigenmächtigen Handeln des Verwaltungschefs.

500.000 Euro soll die vorgezogene OB-

Wahl sparen. Das Geld will Link an anderer Stelle sinnvoll einsetzen. Ob und wieviel die Stadt tatsächlich spart, wenn Bundes- und Bürgermeisterwahl zusammengelegt werden, wird die Verwaltung nun auf Anfrage der CDU-Fraktion beantworten müssen.

Rainer Enzweiler fasst unabhängig vom Ergebnis dieser Anfrage zusammen, was viele in der Stadtgesellschaft derzeit denken: „Nicht alles, was legal ist, ist auch legitim. Nicht alles, was erlaubt ist, sollte man auch machen.“ Wie sich Links Verhalten auf die punktuelle Zusammenarbeit mit der SPD-Fraktion im Stadtrat auswirkt, werden die kommenden Wochen und Monate zeigen.

Die CDU wird die Herausforderung jedoch annehmen und in Fraktion und Partei einen starken Kandidaten

aufbauen. „Link setzt auf den Schulzeffekt und will die guten Umfragewerte im Bund für sich nutzen. Unsere Aufgabe muss es daher sein, starke kommunalpolitische Themen zu besetzen, um die schwache Bilanz des Oberbürgermeisters deutlich zu machen und unseren Kandidaten zu unterstützen“, sagt Rainer Enzweiler.



„In der Entscheidung des Oberbürgermeisters kann ich allein egoistische Motive erkennen.“

Rainer Enzweiler
Fraktionsvorsitzender

Liebe Duisburgerinnen und Duisburger, liebe Parteifreunde!

Das politische Jahr 2017 hat in Duisburg mit einem Paukenschlag begonnen: Der Oberbürgermeister wird zurücktreten, um sich zeitgleich mit der Bundestagswahl bei einer vorgezogenen Wiederwahl neu wählen zu lassen. Dies ist sein Plan, eine politische Stilllosigkeit, rechtlich aber nicht zu beanstanden. Aus meiner Sicht drängen sich nun zwei Fragen auf, die wir als Fraktion mit aller Vernunft beantworten müssen:

1. Welche Konsequenz ergibt sich für uns in der Zusammenarbeit mit der SPD-Fraktion?
2. Wie können wir einen geeigneten Kandidaten unterstützen, um im September die Wahl zu gewinnen?

Ich möchte an dieser Stelle nicht verhehlen, dass ich vom Vorgehen des Oberbürgermeisters enttäuscht bin. Sein Machtwillen ist nachvollziehbar. Aber es steht dem obersten Repräsentanten der Stadt nicht gut zu Gesicht, den Wähler, die politischen Mitbewerber und die eigene Partei gleichermaßen vor den Kopf zu stoßen. Verlässlichkeit und Vertrauen sind nach meiner Auffassung die wichtigsten Attribute von guter Politik. Der Wähler kann zu Recht erwarten, dass die

von ihm gewählten Mandatsträger und Amtsinhaber alles tun, um ihrem Vertrauensvorschuss gerecht zu werden. In der Entscheidung des Oberbürgermeisters kann ich allein egoistische Motive erkennen.

Unabhängig davon bleibt aber festzuhalten, dass die Zusammenarbeit mit der SPD-Fraktion projektbezogen gut funktioniert hat. Wir haben als Teil einer gestalterischen Mehrheit ureigene CDU-Themen umsetzen können. Ich werde deshalb dafür, die bisher gelebte, sachbezogene Kooperation mit der SPD weiterhin auf Basis ausstehender Entscheidungen und Themen zu bewerten. Sollten wir feststellen, dass eine vernünftige Zusammenarbeit nicht mehr möglich ist, können wir die Lage neu bewerten.

Unsere Aufgabe ist es jetzt, das Profil der CDU weiter zu schärfen. Der Wähler muss im September wissen, wofür wir stehen. Dafür werde ich mich mit ganzer Kraft einsetzen.

Ihr

Inhalt

- Ein Wirtschaftsdezernent für Duisburg
- Klare Kante gegen Drogenszene
- Unbequeme Fragen zur Feuerwache
- Der Griff in die Link(e) Trickkiste

KOMMENTAR



Sankt Martin verteilt unser Geld!

Martin Schulz fliegen die Herzen der SPD zu: 100 Prozent beim Bundesparteitag, neuer Parteivorsitzender, Kanzlerkandidat. Es gab SPD-Kanzlerkandidaten, die sind mit weniger Rückenwind gestartet, so ehrlich muss man sein. Die vorgegenommene Heiligensprechung zum „Sankt Martin“ ist allerdings ein reichlich fauler Zauber. Tatsächlich ist es doch so, dass Schulz wohl kaum seinen eigenen

Mantel, als vielmehr unser aller Geld verteilen wird, um die Versprechungen seiner Arbeitsmarktreformen einzulösen.

Wer sich die bisherigen Reden und Interviews des Bundespolitikers Schulz ansieht, der wird wenig Konkretes, dafür viele gefühlsduselige Phrasen und Metaphern finden. Schulz will alles besser machen, mit Details oder genauen Plänen hält er sich nicht auf. Einen Bundesparteitag mag er damit berauschen, ein Wahlvolk sicherlich nicht. Traumschläger lösen keine Probleme. Und davon gibt es derzeit wahrlich genug auf dieser Welt.

Partei vorsitzender **Thomas Mahlberg**



Es wäre eine natürliche Allianz für Duisburg: CDU-Fraktion, IHK, Unternehmerverband. Ein Trio für wirtschaftlichen Aufschwung und nachhaltige Politik. Und doch knirscht es zwischen den genannten Akteuren mitunter gewaltig, nicht nur in der Feinabstimmung. Als die CDU-Fraktion unlängst die kommunale Wirtschaftsförderung GfW als wenig effektiv und dringend renovierungsbedürftig einstufte, machte sich insbesondere die IHK für den Erhalt der städtischen Tochter und ihres Geschäftsführers stark. Die Industrie brauche die GfW, hieß es. Dabei war zu diesem Zeitpunkt längst erkennbar, dass Duisburger Unternehmen bei wesentlichen

seitdem mit schöner Regelmäßigkeit die Errichtung eines Wirtschaftsdezernats. „Wir freuen uns, dass IHK und Unternehmerverband diese alte CDU-Forderung nun für sich entdeckt haben. Selbstverständlich unterstützen wir dieses Vorhaben nach Kräften. Die jüngere Vergangenheit hat gezeigt, dass der status quo mit

ner Enzweiler. Gerade der Mittelstand, für den in Duisburg seit Jahren zu wenig getan werde, brauche einen festen Ansprechpartner: „Die Wirtschaft will einen Kümmerer, der nicht nur zuhören, sondern auch gestalten kann. Deshalb ist es aus Sicht der CDU-Fraktion von besonderer Bedeutung, eine entsprechende Position in der Verwaltungsspitze zu schaffen“, macht Enzweiler deutlich.

Das bisherige Konstrukt mit einer Wirtschaftsförderung ohne direkte



einer städtischen Wirtschaftsförderung nicht zufriedenstellend funktioniert“, sagt der CDU-Fraktionsvorsitzende Rai-



Entscheidungen keinerlei Kontakt zur städtischen Wirtschaftsförderung hatten. Als All-tours den Innenhafen verließ, campierte die GfW samt Geschäftsführer im Tal der Ahnungslosen.

Nun haben IHK und Unternehmerverband mit viel Aufwand den „Masterplan Wirtschaft“ erarbeitet und einem breiten Publikum vorgestellt. Darin listen Duisburger Unternehmer auf, welche Maßnahmen am Standort Duisburg für eine erfolgreichere Zukunft umgesetzt werden müssten. Erste und zentrale Forderung der Wirtschaft: Duisburg braucht ein Wirtschaftsdezernat, hat dringenden Nachholbedarf bei der Wirtschaftskompetenz im Rathaus, muss professioneller im Umgang mit Unternehmern und Unternehmen werden. Zu eben jener Einschätzung ist die CDU-Fraktion bereits 1999 gelangt und fordert

Anbindung an die Verwaltungsspitze hat sich nach Ansicht der CDU nicht bewährt: „Unternehmer und Investoren wollen einen direkten Draht ins Rathaus. Die Erfahrung zeigt doch, dass Duisburg sowohl bei der Akquise neuer Unternehmen als auch bei Genehmigungsverfahren, dem Flächenmanagement und der Bestandspflege dringenden Nachholbedarf hat“, sagt Enzweiler. Die CDU-Fraktion werde sich deshalb verstärkt für das Wirtschaftsdezernat einsetzen.

Neuer Schwung für Duisburgs Wirtschaft

Wie die IHK die alte CDU-Forderung nach einem Wirtschaftsdezernaten für sich entdeckt.

Ärger über Drogenszene im Park

Die offene Drogenszene im Kantpark existiert seit Jahren. Bereits 2012 hat die CDU-Fraktion eine konsequente Reaktion der Stadtverwaltung gefordert. „Fünf Jahre später müssen wir feststellen, dass die Szene im Kantpark weiterhin offen mit Drogen handelt und sie konsumiert. Unweit von Museum, Spielplatz und Schule finden Spaziergänger im Park die benutzten Nadeln und andere Hinterlassenschaften der Süchtigen. Dieser Zustand ist nicht länger hinnehmbar. Wenn wir einen lebendigen Park wollen, ein grünes Herz der Stadt, dann müssen wir dort für Sicherheit und Ordnung sorgen“, sagt der CDU-Fraktionsvorsitzende Rainer Enzweiler. Die CDU-Fraktion fordert die Verwaltung deshalb auf, ein geeignetes Konzept zu erarbeiten, um die Drogenszene aus dem Park herauszuholen.“



Im Kantpark lebt die Drogenszene ihre Sucht offen aus.

Insbesondere vor dem Hintergrund der laufenden Umgestaltung des Kantparks ist nach Ansicht der CDU-Fraktion Handlungsbedarf gegeben. „Es macht keinen Sinn, einerseits 1,2 Millionen Euro in die Neugestaltung zu investieren und andererseits die bestehenden Probleme nicht zu lösen“, sagt Enzweiler. Die Verwaltung hat in Folge eines gemeinsamen Antrages von SPD- und CDU-Fraktion gerade

erst ein Maßnahmenpaket vorgestellt, mit dem die Innenstadt aufgewertet werden soll. Ein wesentlicher Bestandteil dieser Maßnahmen ist ein testweises Verbot von Alkohol in den Haupteinkaufsstraßen. „Wir werden nicht hinnehmen, dass die Sucht von hilfsbedürftigen Menschen zu Angsträumen und No-Go-Areas für die normalen Bürger führt. Genau dies passiert aber im zentrumsna-

hen Kantpark, wo Mütter auch tagsüber den Besuch des Spielplatzes mit ihren Kindern meiden, wo Bereiche des Parks von einer bestimmten Klientel dominiert werden. Deshalb muss für den Park gelten, was auch an der Königstraße gilt: hartes Durchgreifen einerseits, Hilfsangebote und Suchträume andererseits“, sagt der CDU-Fraktionsvorsitzende abschließend.

CDU stellt kritische Fragen zur peinlichen Posse „Alte Feuerwache“

Weil das Technische Dezernat und die EG DU kein förderfähiges Konzept für die „Alte Feuerwache“ in Hochfeld vorlegen konnten, muss die Stadt Duisburg 2,1 Millionen Euro Fördergeld an das Land zurückzahlen – plus Zinsen. Bereits seit Jahren ist der Verwaltung bekannt, dass die angestrebte Lösung für das Kultur- und Stadtteilzentrum Alte Feuerwache Hochfeld mit einer GmbH als Betreiberin der Einrichtung nicht den Förderrichtlinien des Landes entspricht. Doch ein anderes Konzept wollte die EG DU nicht vorlegen. Stattdessen klagte man gegen die Rückzahlungsforderung der Aufsichtsbehörde für die bereits ausgezahlten Fördergelder. Kurz vor dem Jahreswechsel entschied das Verwaltungsgericht wenig überraschend gegen die Stadt. „Die Bezirksregierung war bereit, ein neues Konzept zu prüfen und den Förderzeitraum zu verlängern. Jetzt muss

die Stadt mehr als 2 Millionen Euro zurückzahlen, weil an entscheidender Stelle nicht gehandelt wurde. Ich bin sehr gespannt, wie Herr Tum diesen Vorgang schlüssig erklärt“, sagt Elmar Klein, der Sprecher der CDU-Fraktion im Rechnungsprüfungsausschuss. Eine entsprechende Anfrage hat die CDU-Fraktion jetzt im RPA gestellt. Auch hinsichtlich einer künftigen Nutzung wird die CDU genau hinsehen. „Wir werden kein Vorhaben unterstützen, das von Beginn an zum Scheitern verurteilt ist“, sagt Klein.



Elmar Klein will auch in Zukunft ein kritisches Auge auf die Feuerwache werfen.

Schrotthäuser: OVG stärkt Stadt den Rücken

Das Oberverwaltungsgericht Münster hat im Fall der Räumung und Versiegelung von zwei Häusern an der Hagedornstraße in Marxloh die Beschwerde einer Eigentümerin und mehrerer Bewohner gegen das Vorgehen der Taskforce zurückgewiesen. Zuvor hatte bereits das Verwaltungsgericht Düsseldorf das Handeln der Stadt für rechtmäßig befunden. „Dies ist ein gutes Signal für die Stadt und Rechtsdezernentin Daniela Lesmeister“, sagt der CDU-Fraktionsvorsitzende Rainer Enzweiler. Die Gebäude waren unter anderem wegen erheblicher Mängel beim Brandschutz für unbewohnbar erklärt worden. „Die Taskforce leistet hervorragende Arbeit und verbessert durch ihr konsequentes Vorgehen die Lebenssituation in den Stadtteilen mit Problemimmobilien“, sagt Enzweiler. Die CDU-Fraktion wird dieses Vorgehen weiterhin unterstützen.